



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

doppeln. Mit innerm Jubel nahm er es wahr. Die letzten feinen Ausarbeitungen gelangen ihm in einem Maße, wie er es sich selbst nie zugetraut hatte. Kleine! dir gehört die Hälfte des Preises, wenn ich ihn bekomme! so dachte er, und so hatte er ihr auch gesagt.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Das Ergebnis der vorigen Reichstagswoche. Die patriotischen Erinnerungsfeste des abgelaufenen Halbjahrs waren schön und erhebend, aber es ist doch gut, daß die Anlässe zu ihnen ein Ende nehmen. In Erinnerungen lebt der Greis, der Mann lebt in der Gegenwart, der Jüngling in der Zukunft; ein Volk, das nicht untergehen will, muß Mann und Jüngling zugleich sein und darf nicht dem greisenhaften Geschmac verfallen, ausschließlich in den Erinnerungen einer großen Vergangenheit zu schwelgen. Auch sind wir Deutschen in der Zeit von 1864 bis 1871 nicht so glücklich oder so unglücklich gewesen wie die Holländer, denen ihr heroisches Jahrhundert so viel eingetragen hat, daß sie seitdem den Rentner unter den Völkern spielen können. Daß nun die Sprechhallen der Volksvertretungen die Orte nicht sind, wo ein Volk vorzugsweise die wiedergewonnene Jugendkraft beweisen kann, leuchtet ein; man muß schon zufrieden sein, wenn darin kein Unheil angerichtet und einige nützliche Arbeit gethan wird. In beiden Beziehungen aber hat der Reichstag nicht allein seit Neujahr leidlich seine Schuldigkeit gethan, sondern auch vorige Woche ein paar Entscheidungen getroffen, die beweisen, daß er sich nicht von der Bahn eines besonnenen, wenn auch sehr langsamen und bedächtigen Fortschritts abdrängen läßt.

Die mittelparteiliche und ein Teil der konservativen Presse hatten sich in Ermanglung einer nützlichen Beschäftigung eine Zeit lang auf die Bekämpfung der Revolution verlegt und sich in einen solchen heiligen Eifer hineingeschrieben, daß sie zu guterlezt schon die Forderung, es solle von Staats wegen noch mehr als bisher im Arbeiterschutz geleistet werden, für revolutionär erklärten. Man mußte also erwarten, daß sich am 15. Januar, als der Abgeordnete Hize seine arbeiterfreundliche Resolution einbrachte, auf der rechten Seite des Hauses ein Sturm der Entrüstung gegen den „Revolutionär“ erheben werde. Aber siehe da, alle Welt stimmte ihm bei, den Freiherrn von Stumm nicht ausgenommen, der nur eine kleine Änderung vorschlug und keins von den bösen Worten, die ihm nachgesagt werden, gesprochen haben wollte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Entweder also ist die letzten Monate hindurch der Draht abgerissen gewesen zwischen den Zeitungsschreibern und ihren Auftraggebern, oder diese Herren haben sich die Sache überlegt und sind ruhiger geworden. Alle erkennen an, daß ein Teil der ärmern Klassen unter großen Mißständen leidet, die gehoben werden müssen, wenn nicht die Nation im ganzen dadurch geschädigt werden soll, und weiter wollen und sagen wir ja auch nichts; ob eine wichtige Wahrheit dank der Sozialdemokratie oder trotz ihr anerkannt wird, darauf kommt nichts an.

Die zweite wichtige Entscheidung ist am 16. und 17. gefallen. Wir hätten weder erwartet, daß das Zentrum so geschlossen, noch daß die Regierung so entschieden den Antrag Kanitz ablehnen würde. Die Zentrumsparlei hat den Freiherrn von Loë, der die agrarische Bewegung für seine politischen Sonderzwecke auszunutzen versuchte, von sich abgeschüttelt, und der Staatssekretär von Marschall zeigte in der Debatte, daß er sich vor dem Bunde der Landwirte nicht fürchtet, er muß wohl also die verbündeten Regierungen samt dem Kaiser hinter sich wissen. Was der Freiherr von Marschall, und was im Namen des Zentrums der Graf Galen sagte, das deckt sich genau mit unsrer eignen an dieser Stelle unzähligemal dargelegten Ansicht. Galen hob vorzugsweise den sozialistischen Charakter des Antrags hervor. „Mit innerer Notwendigkeit muß die Monopolisierung des ausländischen Getreides die Monopolisierung des inländischen nach sich ziehen. Muß aber der Staat auch das inländische Getreide ankaufen, so muß er auch dafür sorgen, daß der Landmann sein Getreide lagerfähig baut, dann muß er jedem Landmann einen Polizisten ins Haus geben, der ihm vorschreibt, wie er seine Aussaat machen soll.“ Dasselbe sprach auch Herr von Marschall aus: es würde nichts übrig bleiben, als die Kontingentierung des Getreidebaues und die dem Bauer so verhaßte amtliche Beaufsichtigung seiner Wirtschaft. Der Staatssekretär wies aber auch noch auf das zweite Thor hin, das Graf Kanitz dem Sozialismus öffnet. Dieser hatte gesagt: „Es fragt sich, ob es möglich ist, den Getreidepreis zu finden und festzusetzen, der dem Landwirt die Existenz ermöglicht; kann man das nicht, so möge man den Getreidebau einstellen.“ Ja, das ist ja eben die Grundfrage zwischen dem Sozialismus und der bestehenden Gesellschaftsordnung! Wird sie bejaht, wird behauptet, der Staat, oder wer sonst die Gesamtheit vertreten mag, vermöge zu ermitteln, wieviel Einkommen einem jeden nach seinen Bedürfnissen und nach seinen Leistungen gebührt, und er vermöge ihm das zu gewähren, dann ist damit die Durchführbarkeit des Sozialismus anerkannt, und nicht bloß die Lohnarbeiter, sondern auch die meisten Handwerksmeister und kleinen Kaufleute werden verstaatlicht werden wollen, nimmermehr aber zugeben, daß den Gutsbesitzern allein das Heil widerfahre. Marschall sagte dasselbe mit etwas andern Worten und fragte noch, was wohl werden würde, wenn die Regierung dem Bauer den „normalen Preis“ versprochen hätte und dann ihr Versprechen nicht einlösen könne? Und er fragte weiter: Was würden Sie wohl sagen, wenn die Arbeiter „normale Löhne“ verlangten? d. h. vom Staate verlangten, daß er sie ihnen verbürge, denn auf privaten Wegen darnach zu trachten muß ihnen natürlich freistehen. Gerade das Verlangen der Agrarier aber, meinte er ferner, müsse das deutsche Rechtsgefühl aufs empfindlichste beleidigen, da Graf Kanitz mit seinem Antrag „eine Reihe sehr potenter Existenzen in seine Fürsorge einschließe.“ In der That, Herren, die ohnehin Millionäre sind, würden den größten Gewinn von dem Experiment davontragen, wenn es glückte. Unzähligemal haben wir es für groben Unfug erklärt, wenn in einem fort von der Not der Landwirtschaft gesprochen wird, als ob alle Landwirte Deutschlands in denselben Verhältnissen lebten, von denselben Daseinsbedingungen abhängen und von denselben Nöten in demselben Grade bedrückt würden. Auch Galen und Marschall haben diese „Vorspiegelung einer falschen Thatsache“ zurückgewiesen. Der erste sagte: „Die Verhältnisse im Westen und Osten sind so verschieden, daß eine Verständigung zwischen beiden überhaupt nicht möglich ist; die Verhältnisse müssen innerhalb jeder Provinz geregelt werden.“ Und Marschall: „Nicht überall kann man von einer Notlage sprechen.“ Und am folgenden Tage teilte Bennigsen mit, der Zentralausschuß der landwirtschaftlichen Vereine Hannovers

habe einstimmig erklärt: in der Provinz Hannover giebt es keinen Notstand der Landwirtschaft. Außerdem bewies der Staatssekretär die Unvereinbarkeit des Antrags mit den Handelsverträgen, sowie die Notwendigkeit dieser Verträge und den Nutzen, den sie gebracht haben. In Beziehung auf die Getreidezölle wies er noch auf eine Tatsache hin, die auch wir oft der Beachtung empfohlen haben: daß sie nämlich dann am wenigsten wirken, wenn sie der Landwirt am nötigsten braucht. Bei Teuerung, also in den Jahren, wo die Landwirte wenig zu verkaufen haben oder wohl selbst noch zukaufen müssen, erhöht sich der Inlandpreis um den vollen Betrag des Zolls; herrscht dagegen Überfluß an Getreide, dann vermag auch der höchste Zoll den Preis nicht zu erhöhen. Die Franzosen haben ihren Weizen Zoll auf 7 Franks erhöht, und am 14. Januar stand Weizen in Paris um 80 Pfennige niedriger als in Berlin und 2,80 Mark niedriger als in Köln. Endlich drückte der Staatssekretär die Überzeugung aus, daß die Not der Landwirte, d. h. der ländlichen Grundbesitzer, soweit sie vorhanden ist, vorzugsweise durch die Überschuldung bewirkt wird, deren Ursachen ja bekannt sind. Die Debatte am 17. schloß mit der Ablehnung des Antrags und mit einem Krach zwischen dem Landwirtschaftsminister und den Konservativen, sodaß sie heute der Regierung genau so gegenüberstehen wie — unter Caprivi. Daß am zweiten Tage sowohl der Landwirtschaftsminister wie Bennigsen den Agrariern so scharf und so entschieden abgesagt hat, und daß sich ihre Ausführungen, namentlich in Beziehung auf den sozialistischen Charakter des Antrags Kanitz, so vollständig mit denen Marschalls und Galens deckten, bringt eine höchst erwünschte Klärung in die bisher so verworrene Lage.

Gewisse mittelparteiliche und konservative Zeitungsredaktionen haben im abgelaufenen Jahre die Grenzboten, weil sie sich an gewissen Donquixoterien nicht beteiligen mochten, mit aller Gewalt totzumachen versucht. Das ist ihnen nicht gelungen; dafür treten die Parteien, denen sie zu dienen gedachten, in der kläglichsten Verfassung ins neue Jahr ein. Die Konservativen haben zwei Jahre lang bloß noch zwei Dinge gewollt: den Antrag Kanitz und die Doppelwährung, und mit diesen Dingen kommen sie nicht durch; die Nationalliberalen aber wissen überhaupt nicht mehr, was sie wollen sollen, seitdem sie aufgehört haben, liberal zu sein. Die vielen wackeren und gesehnen Männer, die die Wählerschaft beider Parteien bilden, werden sich endlich ermannen, auf neue Ziele besinnen und nach andern Führern umsehen müssen.

Zur Transvaalangelegenheit bringen die Cape Times einen geschichtlichen Beitrag, der inmitten der durch Anschuldigungen, Vertuschungen und Begünstigungsveruche getrübbten Atmosphäre als Lichtstrahl wirkt. Er stammt aus der Zeit vor dem Uitlander-aufstand und zeigt, wie lange man in Pretoria (und wohl auch in Berlin) den Zusammenstoß vorausgesehen hat. Die darin ausgesprochenen Hoffnungen und Befürchtungen gehören auch offenbar noch nicht der Geschichte an. Es ist ein Bericht von dem Engländer C. Garrett, dem Verfasser des Buches In Afrikanderland, über eine Unterhaltung mit dem Präsidenten Krüger im Juli 1895, worin dieser offen England beschuldigt, daß es ihn in der Swasilandsfrage getäuscht habe, da Swasiland ohne die Seeküste gar keinen Wert habe. „Ich bin oft getäuscht worden. England hält uns irgend etwas hin und sagt: Wir werden die Rechte des Freistaates mit günstigen Augen betrachten, aber ihr müßt etwas mehr thun; und dann sagt es: Nun bekommt ihr es sicher, aber wir müssen erst noch ein kleines Entgelt von euch haben; und so geht es fort.“ Daß es „Verrat an der südafrikanischen Einheit“ sei, moralische Unterstützung von irgend einer andern Macht als England zu suchen, leugnete der Präsident geradezu: „Nehmen wir an, Eng-

land will mir die Gurgel abschneiden. Ich sage nicht, daß es das will, aber nehmen wir es an. Würde ich da nicht ein Recht haben, Deutschlands moralische Unterstützung zu suchen?" Auf den Einwand Garretts, daß England Swasiland nur genommen habe, um es eines Tages dem einigen Südafrika zurückzugeben, während Madagaskar und Damaraland für immer an Frankreich und Deutschland verloren seien, sagte der Präsident: „Das nützt mich nichts, wenn man mir Swasiland nimmt und giebt es an Natal. Swasiland ist von Rechts wegen unser. Natal war ja auch unser. Es ist doch nicht anders, als wenn man mir die Uhr aus der Tasche stiehlt.“ Vom Stimmrecht der Uitlanders sagte der Präsident mit gesundem Verstand: „Ich kenne weder Engländer, noch Holländer, noch Uitlanders, ich kenne nur gute und schlechte Leute. Schlechte Leute, die wir leichtfertig herein gelassen haben, waren es, die seinerzeit England zur Annexion des Freistaats verleiteten. Deshalb prüfen wir jetzt immer zuerst, ob wir gute oder schlechte Leute vor uns haben.“

England lehrt beten. In der letzten Nummer der Christlichen Welt finden wir in großem, auffälligem Druck einen von Häuptern der englischen Geistlichkeit unterzeichneten Aufruf, der sich an die gesamte Christenheit wendet und also wohl nicht nur an dieser Stelle an die Öffentlichkeit tritt. Der Aufruf schildert in beweglichen Worten die „furchtbare Tragödie in Armenien,“ erklärt es für „unglaublich und unerträglich, daß die Christenheit noch immer apathisch und machtlos vor diesem schrecklichen Schauspiel verharre,“ und nennt schließlich seinen eigentlichen Zweck, nämlich „alle, die auf Leben und Wirken der Kirche Jesu Christi Einfluß haben, inständigst und demütig zu bitten, alle Kraft des Gebets, das in der Kirche wirksam ist, zu sammeln und Gott den Vater, Christus unsern König und den Tröster, den heiligen Geist, anzuflehen, daß diese Schmach aufhöre; daß dem Übel gewehrt werde; daß unsre Selbstsucht, Gleichgiltigkeit und gegenseitige Eifersucht die Barmherzigkeit des gerechten Gottes nicht länger aufhalte und hindere an der Rettung seines treuen Volks.“

Was haben wir darauf zu antworten? Wir lassen einmal die Frage ganz aus dem Spiel, ob wirklich den Armeniern gar keine Schuld an dem Streite beizumessen sei, und nehmen an, sie seien wirklich „Gottes treues Volk,“ seien wirklich unschuldig um ihres Glaubens willen bedrückte, verfolgte, auf unmenschliche Weise bedrängte; dann ist es in der That unerträglich, daß wir „noch immer apathisch vor diesem schrecklichen Schauspiel verharren,“ dann wollen wir auch sofort dem Rufe folgen und der Unglücklichen in unserm Gebete von Herzen mit gedenken. Aber ist das unsre ganze Antwort? Ich verdenke es keinem, wenn er beim Lesen des Aufrufs den Kopf geschüttelt oder gerade heraus gelacht hat. Diese Stimme von England her nimmt sich doch wirklich sehr sonderbar aus! Aber lächen wir lieber nicht, denn die Sache ist im Grunde recht ernst. Weshalb müssen wir aber den Kopf schütteln zu solchen Worten? Weil wir wohl an die Macht des Gebets glauben, aber in sehr anderm Sinne als die Verfasser des Aufrufs. Diese „Sammlung aller Kraft des Gebets in der Kirche“ klingt doch sehr, als ob hier eine Massendemonstration einen ganz besondern Einfluß auf die göttliche Weltlenkung haben müsse. Unser Vater weiß, ehe wir ihn bitten, was wir bedürfen. Und dann: legt nicht jedes Gebet eine Pflicht auf? Nämlich die, daß wir keine Wunder fordern, sondern daß wir daran gehen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dieser Welt das auch unsrerseits wirklich zu erstreben, was wir erbitten. Und hier möge sich doch England einmal fragen, ob Europa, ob es besonders selbst mit dem Gebete seine Pflicht erfüllt hat. Aber nicht wahr, es betet ja eben, weil

es den bösen Türken anders nicht bekommen kann; die wohnen ja so weit dahinten.

Sonderbar nur, daß England noch nie um Mittel und Wege verlegen gewesen ist, wo es galt, seine eignen Interessen zu verfolgen. Weshalb brach doch Herr Jameson in Transvaal ein und betete nicht lieber, daß der Himmel gegen die schlechten Buren einschreite? „Daß unsre Selbstsucht, Gleichgiltigkeit und gegenseitige Eifersucht Gottes Barmherzigkeit nicht länger aufhalte,“ dafür sollen wir beten?

Nun, England weiß wohl, wen das am meisten angeht. Wer aber seine Schwächen kennt und die Hände in den Schoß legt und sagt: Betet, daß ich ein besserer Mensch werde! das ist ein sonderbarer Christ. Wenn England etwas dazu thut, diese seine Untugenden zu überwinden, würde es allerdings den Armeniern einen bessern Dienst thun, als wenn es die ganze Christenheit auffordert, Gott um die größten Wunder zu bitten.

Berlioz. Vor ein paar Wochen ist im Leipziger Gewandhauskonzert, um einem tief gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, der Faust von Berlioz aufgeführt worden. Daß er in den nächsten zwanzig Jahren nicht wieder aufgeführt werden wird, darf man wohl bestimmt annehmen; die ihn gehört haben, sind ja nun gewichtig. Denen, die sich noch nicht ganz klar darüber sein sollten, erweisen wir vielleicht einen Dienst, wenn wir sie nach all den schönen langen Kritiken, die sie in der Tagespresse darüber gelesen haben, noch mit einer kurzen Kritik bekannt machen, die vor zweiundvierzig Jahren darüber geschrieben worden ist. Sie findet sich in einem Buche, an dem wir uns in den Weihnachtstagen wieder einmal erquickt haben: in Hauptmanns Briefen an Hauser. Dort heißt es unterm 14. Dezember 1853:

„Berlioz hat erst im Gewandhauskonzert und dann in einem eignen vielerlei von sich zu Gehör gebracht. Eigen ist aber doch, daß es immer Sachen sind, von denen man schon seit 15 bis 20 Jahren hat sprechen hören: Romeo, Faust, Harald usw. Es ist doch auch alles rechte Barrikadenmusik, mitunter sehr schimmernd und glänzend, nie erwärmend. Nun möchten aber diese Sachen noch sein, wie sie wollten; aber das schrecklich viele Reden darüber muß einen kaput machen. Das Richtige wie das Falsche ist langweilig; das erstere ewige Wiederholung, das andre stupider Unsinn. Aber bei allem Esprit, den so ein gebildeter Franzos wie Berlioz haben kann, ist es doch eine Bornirtheit, einen solchen Faust aus dem Goetheschen zusammenzulegen, wie ihn diese Symphonie (Legende) darstellt, teilweis mit Goetheschen Brocken, dann wieder mit eigner Zuthat, ohne Einheit und Geschmack. Noch trostloser ist aber, daß ein ganzes, großes, gebildet sein wollendes Publikum so wenig gesunden Sinn hat, das Absurde eben absurd zu finden, und wenn etwas glatt unwahr ist, zu meinen, es könne etwas Sublimes darin enthalten sein.“

Was könnten unsre musikalischen Tageschriftsteller lernen, wenn sie dann und wann einmal in Mendelssohns, Schumanns, Moriz Hauptmanns, Otto Jahns und anderer Schriften die Nase stecken wollten! Was würde aber Hauptmann erst heute sagen, wenn er „das schrecklich viele Reden“ mit anhören müßte!

Zu den Bildnissen Bachs. Der Bibliothekar des Joachimsthalschen Gymnasiums in Berlin, Herr Professor Fuhr, teilt uns freundlichst mit, daß das Bildnis Bachs in der Amalienbibliothek in der That Johann Sebastian Bach darstellt, nicht seinen Sohn Carl Philipp Emanuel Bach. Es trägt oben auf dem

Rahmen die Aufschrift: „Johan Sebastian Bach | Der Deutschen größter Harmonist | geboren zu Eisenach 1685 | gestorben in Leipzig | 1750,“ und diese Aufschrift hatte es schon, als es aus dem Nachlaß der Prinzessin Amalie in das Eigentum des Joachimsthalschen Gymnasiums überging. Auch hat sich der Maler auf dem Bilde selbst deutlich Wiszewsky geschrieben. (Auf dem Bildnis des Zeichnermeisters Zink im Leipziger Museum hat er sich selbst ebenso deutlich Wiszewsky geschrieben, er schrieb sich also selbst verschieden.) „Den Wert des Bildes — schreibt Herr Professor Fuhr — habe ich früher nicht hoch geschätzt; seitdem ich eine Abbildung von Herrn Seffners Büste gesehen habe, bin ich überzeugt, daß der Wert nicht unbedeutend ist, die Ähnlichkeit fällt auf den ersten Blick in die Augen.“

Nach dieser Mitteilung ist es doppelt erwünscht, daß das Bild so bald als möglich in einer guten Nachbildung (Heliogravüre) veröffentlicht werde.

Nochmals das bürgerliche Gesetzbuch. In unsern Bemerkungen unter der Abteilung Maßgebliches und Unmaßgebliches im letzten Heft ist uns ein Irrtum untergelaufen: der Verfasser des Aufsatzes über den Entwurf in demselben Heft, Herr Reichsgerichtsrat Petersen, ist nicht Mitglied einer der beiden Kommissionen gewesen. Wir waren zu der falschen Annahme durch ein Mißverständnis gekommen. Der Aufsatz entstand infolge eines Gesprächs mit dem Herrn Verfasser, das uns veranlaßte, ihn zu bitten, auch den Anschauungen Ausdruck zu geben, die den bisher in den Grenzboten vertretenen entgegenstehen; wir hielten das bei der Wichtigkeit der Sache für notwendig, um uns nicht den Vorwurf der Einseitigkeit zuzuziehen. Irrigerweise glaubten wir dabei, einem unmittelbar bei der Herstellung des Entwurfs beteiligten grweisen das Wort zu geben.



Litteratur

Bismarckjahrbuch. Herausgegeben von Horst Kohl. Zweiter Band. Berlin, D. Hering, 1895

Wesentlich stärker als der vorige Band tritt dieser zweite in die Öffentlichkeit. Diese Vergrößerung kommt vor allem auf Rechnung der „Chronik vom 17. September 1894 bis zum 16. September 1895,“ da diese diesmal die zahllosen Kundgebungen der Treue und Dankbarkeit zum achtzigsten Geburtstag des greisen Staatsmannes bringt, und zwar in möglichst authentischer, vom Fürsten, soweit es seine eignen Ansprachen betrifft, selbst gebilligter Fassung. Historisch am interessantesten ist die erste Abteilung, „Urkunden und Briefe,“ denn sie bringt nicht nur Bismarcks Probearbeiten zur Referendariatsprüfung, sondern auch sechzehn teils noch ganz unbekannt, teils bisher nicht ganz fehlerfrei veröffentlichte, meist ziemlich umfangliche Berichte und Briefe Bismarcks an den Minister von Manteuffel aus den Jahren 1854 bis 1858, eine willkommene Ergänzung zu Poschingers großer Veröffentlichung über „Bismarck am Bundestage,“ dann dreizehn Briefe Bismarcks an den General Leopold von Gerlach 1853 bis 1858, von denen vier noch ungedruckt, die übrigen bis jetzt nur teilweise bekannt waren, endlich fünfunddreißig noch nicht veröffentlichte „Briefe Gerlachs an Bismarck 1855 bis 1858.“ Von den „Reden und Abhandlungen“ machen wir besonders auf den zweiten Teil von Graues Arbeit „Fürst von Bismarck im Kulturkampf“ aufmerksam.